200 Millionen verfolgte Christen – Lage verdüstert sich

11. Januar 2018

Von Christoph Arens (KNA) Kelkheim (KNA) Sie soll ein Symbol für das Zusammenleben von Christen und Muslimen in Ägypten sein.

In Kairo wurde am Sonntag eine neue koptische Kathedrale eingeweiht. Sogar Präsident Abdel Fattah al-Sisi nahm am Gottesdienst teil. Und doch zeigen der riesige Schutzzaun um die Kathedrale und die verschärften Sicherheitsmaßnahmen an Kirchen, dass die christliche Minderheit am Nil bedroht ist. „Gruppen wie der Islamische Staat sind entschlossen, die Christen durch Gewalt aus der Region zu vertreiben beziehungsweise auszulöschen“, heißt es denn auch im neuesten Weltverfolgungsindex der christlichen Hilfsorganisation Open Doors, der am Mittwoch in Kelkheim veröffentlicht wurde.

Danach hat sich die Lage der Christen weltweit erneut verdüstert. Die Ursachen: eine wachsende Radikalisierung von Muslimen, eine Zunahme islamistischer Gruppierungen in Asien und Afrika, aber auch der Aufstieg nationalistischer Bewegungen im hinduistisch oder buddhistisch geprägten Teil Asiens. Die Autoren sehen ihren Bericht als „Thermometer, das die Temperatur der Verfolgung“ misst. „Leider kann für die meisten Länder nicht gesagt werden, dass das Fieber zurückgeht“, so die Bilanz. Weltweit seien über 200 Millionen Christen einem hohen Maß an Verfolgung ausgesetzt.

Spitzenreiter der traurigen Rangliste ist – wie immer seit 2002 – Nordkorea. Dort leben bis zu 70.000 Christen in Straflagern, heißt es. Afghanistan rückt auf Platz zwei vor – ein Land, in das Deutschland wieder abschiebt. Es folgen Somalia, der Sudan und Pakistan. Einen Sprung von Platz zehn auf sechs machte Eritrea. Auch die Situation in Libyen verschlechterte sich; das Land rückte von Platz elf auf sieben vor. Es folgen Irak, Jemen und der Iran. Syrien ist erstmals wieder aus den TOP 10 herausgefallen und findet sich dank der Erfolge gegen den IS auf Rang 15. Terror, Vertreibung, Islamisierung des Rechts: „Was im Nordosten Kenias, in Nigeria, Somalia und dem Sudan geschieht, kommt in einigen Fällen einem Genozid sehr nahe“, kritisiert Open Doors. Immer neue militante islamistische Gruppen bedrohten die Religionsausübung von Christen, aber auch von anderen religiösen Minderheiten wie den Anhängern des Sufi-Islam.

Etwa im Afrika südlich der Sahara: Insbesondere Saudi-Arabien, Katar und Iran hätten die dortige politische Liberalisierung in den 1990er Jahren genutzt, um fundamentalistische Vereinigungen, Koranschulen und Moscheen zu finanzieren. „Dabei übergingen sie die traditionellen Moscheen, um eine extremistisch-islamische Theologie zu verbreiten.“ Deshalb rückt eine beträchtliche Zahl von Ländern in Sub-Sahara-Afrika auf der Liste der Christenverfolgerstaaten vor. Asien bezeichnen die Autoren als „Hauptkampffeld“ für den radikalen Islam. „Nachdem der IS im Nahen Osten an Boden verloren hat, sucht er nun nach neuen Ausbreitungsmöglichkeiten“, so der Index. Länder wie Bangladesch, die Philippinen

oder die Malediven drohten vom Fundamentalismus überrollt zu werden. Laut Open Doors hat sich das Profil der Extremisten verändert: Entschieden sich früher überwiegend Muslime aus niedrigeren sozialen Schichten für den Glaubenskrieg, so schlössen sich heute auch erfolgreiche und gut gebildete Profis dem Kampf an. Gefahr für Christen und andere religiöse Minderheiten geht laut Verfolgungsindex aber auch von wachsendem religiösen Nationalismus im buddhistisch oder hinduistisch geprägten Asien aus. „Indien war Christen gegenüber einst tolerant“, so der Bericht. Jetzt rückt das von der hindunationalistischen BJP regierte Land auf Rang 11 und damit auf dem schlechtesten bislang gemessenen Platz vor. Nepal folgt diesem Vorbild: Das Land am Himalaya war 2017 nicht auf dem Weltverfolgungsindex gelistet.

Jetzt rangiert es gleich auf Platz 25. Massive Einschränkungen der Religionsfreiheit sehen die Autoren auch in China, Vietnam und Laos, wo ein mit dem Kommunismus verbundener Nationalismus herrscht. „Für die Behörden ist Religion noch immer Opium für das Volk und sollte nach Möglichkeit beseitigt werden“, heißt es. Das hindere sie jedoch nicht daran, zusammen mit buddhistischen und animistischen Leitern gegen die „ausländische“ Religion des Christentums vorzugehen.

(KNA – sklkp-89-00145)

Stand: 16. November 2026